

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Israel und Palästina: Von der Gewalt erschöpft. Finden sie die Kraft zum Frieden?

Von Thomas Seiterich

Mit einem klaren Auftrag zum Frieden sind Israels Ministerpräsident Ehud Olmert und Palästinas Präsident Mahmud Abbas von der Nahostkonferenz im US-amerikanischen Küstenstädtchen Annapolis zurückgekehrt. Nach Jahren der Gewalt und des Niedergangs im Heiligen Land nährt dies Hoffnung. Ein Ruck nach vorn. Olmert hatte vor den Vertretern der über 40 vom US-Präsidenten geladenen Nationen, darunter die arabischen Staaten inklusive Syrien, jedoch unter Ausschluss der Islamischen Republik Iran, in eindrucksvoller Weise Mitgefühl für die von Israel verursachten Leiden der Palästinenser geäußert. Abbas wiederum hatte die Friedensbereitschaft der Palästinenser betont. Er tat dies ungeachtet der Tatsache, dass Israel Jerusalem und rund 70 Prozent der Westbank völkerrechtswidrig besetzt hält und Palästina fortschreitend durch Siedlungs- und Siedlerstraßenbau zerstückelt. Der Palästinenserpräsident unterstrich zugleich vor den arabischen Regierungsvertretern das Existenzrecht Israels. Damit ereignete sich beim Friedensfestival in Annapolis ein Aufbruch, mit dem viele nicht mehr gerechnet hatten, der jedoch von friedensbewegten Israelis und aufgeschlossenen Palästinensern ersehnt worden war. Ein Hoffen wider alle Hoffnung hat sich Ende November in Annapolis erfüllt, fürs Erste jedenfalls.

Doch nun müssen den guten Worten politische Taten folgen. Israels gemäßigt rechtspopulistischer Regierungschef Olmert ist innenpolitisch schwach. Denn rechte Koalitionspartner aus Kleinparteien befinden über das Sein oder Nicht-mehr-Sein der Regierung Olmert. Der wacklige Verlierer des Libanonkrieges vom Sommer 2006 scheint seinen jüdischen Bürgern keine harten Verzichtse für Frieden abfordern zu können. Für Frieden und Sicherheit müsste Israel seine Siedlungen im Westjordanland räumen und sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen – abgesehen von Landtausch in Sonderfällen, die sich zum Beispiel aus dem unentwirrbaren Siedlungsteppich rund um Jerusalem ergeben. Wer hat in Israel dazu die Kraft? Welche Jerusalemer Regierung würde den nötigen Rückzug politisch überleben? Kurz nach Annapolis, im Dezember, bat Olmert die USA um Elastizität beim Friedensfahrplan.

Noch viel schwächer als Israels Regierungschef Olmert ist dessen Gegenüber, Gegner und Friedenspartner Mahmud Abbas. Er vertraute einem deutschen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch in der palästinensischen Regierungszentrale *Mukata* in Ramallah kürzlich an, seine größte Furcht sei die, von eigenen Leuten erschossen zu werden. Abbas gebietet nur über Teile der Westbank. In Gaza hat die radikal islamistische *Hamas* die Macht an sich gerissen. Auch Politiker im Westjordanland wie etwa die Bürgermeister von Bethlehem oder Ramallah – beides Christen – zählen zur Hamas. Anti-Friedensdemos gegen Annapolis verbot Abbas – doch dies ließ sich nicht einmal in Ramallah durchsetzen.

Gut ein Jahr haben diese beiden gebeutelten Regierungschefs Israels und Palästinas Zeit, gemeinsam einen umfassenden Friedensplan zu präsentieren, der die vitalen Sicherheitsbedürfnisse Israels garantiert und den Palästinensern ihre Lebensrechte auf Land, Wasser, Bewegungsfreiheit und Souveränität gewährleistet. Das übermächtige Israel erhält nun die vielleicht letzte Chance, sich mit einer fairen Zwei-Staaten-Lösung einen Frieden sowie Nachbarschaft mit den Palästinensern zu sichern. Eine

Nachbarschaft, aus der angesichts langfristiger gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der Technologiemacht Israel und der finanziell teils potenten Entwicklungsländer in Arabien in nicht allzu ferner Zukunft sogar eine gute Nachbarschaft werden könnte. Eine historische »Win-Win-Situation« zu beider Nutzen, ähnlich wie bei der Gründung der *Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft* (EWG) 1957.

Um diese Ziele zu erreichen, muss Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen, ferner die illegal in Palästina errichteten Mauerbauten auf die 1967er Grenzlinie zurücknehmen und die völkerrechtswidrige Annexion Ostjerusalems rückgängig machen. Darauf dringen nicht nur die Palästinenser und die arabischen Staaten, sondern auch der Vatikan. Ihn lud die US-Regierung zum Annapolis-Prozess ein, weil er als päpstlicher Mini-Staat die rund 90 Millionen Christen aller Kirchen in der arabischen Welt vertritt und zu jeder der arabischen Gesellschaften Kontakte pflegt.

Der von vielen im Nahen Osten kaum mehr erwartete Vorwärts-Ruck von Annapolis ist umso bedeutender, als vor dem Friedentreffen sieben Jahre Stagnation, Niedergang und Verzweiflung im Heiligen Land geherrscht hatten. Nun brauchen die beiden Partner Druck und Hilfe. Wobei die Hauptlast der Verantwortung bei Israel liegt. Denn Palästina wird in jeder Weise durch Israels Militär und Geheimdienste kontrolliert. Abbas braucht Erfolge, die ihm nur Israel verschaffen kann. Nur dann wird sich etwas bewegen – für den Frieden und wider die Feinde des Friedens: Irans Regierung, die mit der Atombombe spielt, welche die Juden und die Araber gemeinsam fürchten müssen, sowie die islamistischen Terroristen und die jüdischen Hardliner, deren letztes Ziel darin besteht, alle Palästinenser aus dem »Verheißenen Land« zwischen Mittelmeer und Jordan zu jagen. ■

Ein Junge schaut durch die noch unfertige Mauer im Jerusalemer Stadtteil Abu Dis. Ist er Palästinenser oder ein Israeli? Frieden in Nahost heißt vor allem eine Lebens- chance für die Jugend